74.772/2

Stand 09.10.2023

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung über den Nachteilsausgleich und den Notenschutz in der mittelständischen Ausbildung

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, Artikel 7 §7 Nummern 6 und 6.1 eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2023;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Juni 2013 über die Grundausbildung in der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 30. August 2018 über die Prüfungen und die Bewertung in der Grundausbildung des Mittelstandes;

Aufgrund des Gutachtens des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen vom 11. Januar 2022;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 07/2022 der Datenschutzbehörde vom 21. Januar 2022;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 24. März 2022

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 21. April 2022;

Aufgrund der Gutachten Nr. 71.442/2 und Nr. (Nummer) des Staatsrates, die jeweils am 1. Juni 2022 und am (Datum) in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurden;

Auf Vorschlag des für die Ausbildung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 27. JUNI 2013 ÜBER DIE GRUNDAUSBILDUNG IN DER AUS- UND WEITERBILDUNG IM MITTELSTAND UND IN KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN

Artikel 1 - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 27. Juni 2013 über die Grundausbildung in der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. März 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

„4. Werktag: die Wochentage Montag bis Freitag mit Ausnahme der gesetzlich festgelegten Feiertage. Die Schulferien gelten nicht als Werktage;"

3. Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

„5. Zentrum für Förderpädagogik: Zusammenschluss der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Förderschulen zu einer organisatorischen und pädagogischen Einheit, die sich in der Trägerschaft des Gemeinschaftsunterrichtswesens befindet;"

4. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:

„6. Schulinspektion: die durch das Dekret vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration eingesetzte Inspektion;"

5. Folgende Nummer 7 wird eingefügt:

„7. Förderausschuss: der durch Kapitel VIIIbis Abschnitt 6 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen eingesetzte Ausschuss."

Art. 2 – In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. August 2020 und vom 17. März 2022, wird folgendes Kapitel 4.1, das die Artikel 36.1 bis 36.14 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL 4.1 – NACHTEILSAUSGLEICH UND NOTENSCHUTZ"

Art. 3 – In Kapitel 4.1 desselben Erlasses wird folgender Abschnitt 1, der die Artikel 36.1 bis 36.5 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 1 –Nachteilsausgleich"

Art. 4 – In Kapitel 4.1 Abschnitt 1 desselben Erlasses wird folgender Artikel 36.1 eingefügt:

„Art. 36.1 – Der Nachteilsausgleich zielt auf die Korrektur einer unausgeglichenen Situation im ZAWM ab, um einer Diskriminierung der Auszubildenden mit besonderem Förderbedarf gemäß Artikel 7 §7 Nummer 6.1 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 vorzubeugen.

Der Nachteilsausgleich definiert sich durch angemessene pädagogische Vorkehrungen, die ein spezifisches individuelles Defizit ausgleichen sollen und damit die Auszubildenden mit besonderem Förderbedarf in die Lage versetzen, die erworbenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zum Ausdruck bringen zu können.

Der Nachteilsausgleich kann im Stadium der Lehre für die Kurse der Allgemeinkenntnisse beantragt werden.

Die Kompetenzanforderungen der Lehrprogramme sind zu erreichen. Das Gewähren von Nachteilsausgleichsmaßnahmen stellt eine zielgleiche Förderung nicht infrage. Der Nachteilsausgleich wird nicht im Zeugnis vermerkt."

Art. 5 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 36.2 eingefügt:

„Art. 36.2 – §1 – Die Erziehungsberechtigten oder der volljährige Auszubildenden reichen einen Antrag auf Nachteilsausgleich beim Direktor des ZAWM ein, in dem der Auszubildenden eingeschrieben werden soll oder eingeschrieben ist. Hierzu nutzen sie ein Antragsformular, das folgende Angaben enthält:

1. Identifizierung und Kontaktdaten des Auszubildenden
2. Identifizierung und Kontaktdaten der Erziehungsberechtigten
3. Beschreibung der Beeinträchtigung des Auszubildenden
4. Beschreibung der angefragten Nachteilsausgleichsmaßnahmen
5. Entscheidung des Direktors des ZAWM
6. gegebenenfalls der Antrag auf Verlängerung

Dem Antrag wird ein Gutachten einer fachkundigen Einrichtung beigefügt, das nicht älter als sechs Monate ist, und das die Notwendigkeit des Nachteilsausgleichs begründet. Das Gutachten wird von den Erziehungsberechtigten oder von dem volljährigen Auszubildenden eingeholt.

Das in Absatz 2 angeführte datierte Gutachten beinhaltet folgende Angaben:

1. Name der Einrichtung,

2. Titel und berufliche Referenzen des/der Sachverständigen, der/die die Auswertung und das Gutachten des Auszubildenden erstellt hat/haben,

3. die Art der medizinischen, psychologischen und allgemeinen Probleme des Auszubildenden,

4. die zur Feststellung verwendeten Tests und Techniken,

5. relevante Stärken und Schwächen des Auszubildenden, deren Auswirkungen auf den Lernprozess,

6. Empfehlungen zu Ausgleichsmaßnahmen.

Das Einreichen eines Antrags eröffnet keinen Rechtsanspruch auf die im Gutachten empfohlenen Ausgleichsmaßnahmen.

§2 – In Abweichung von §1 kann der Direktor des ZAWM nach Rücksprache mit den Erziehungsberechtigten Nachteilsausgleichsmaßnahmen für einen Auszubildenden festlegen.“

Art. 6 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 36.3 eingefügt:

„Art. 36.3 – §1 – Gibt der Direktor des ZAWM dem in Artikel 36.2 §1 angeführten Antrag statt, legt er innerhalb von 15 Werktagen nach der Antragstellung angemessene Nachteilsausgleichsmaßnahmen unter Berücksichtigung der in Artikel 36.2 §1 Absatz 3 Nummer 6 angeführten Empfehlungen und unter Mitwirkung der mit der Durchführung der Nachteilsausgleichsmaßnahmen betrauten Mitglieder des Direktions-, Lehr- und sozialpädagogischen Personals und des Personals des Zentrums für Förderpädagogik schriftlich auf dem Antragsformular fest.

Unbeschadet des Absatzes 1 berücksichtigen der Direktor des ZAWM und die mit der Durchführung der Maßnahmen betrauten Mitglieder des Direktions-, Lehr- und sozialpädagogischen Personals die Sicherheits- und Hygieneanforderungen beziehungsweise die betrieblichen Anforderungen bei der Festlegung von Nachteilausgleichmaßnahmen. Dies kann dazu führen, dass aufgrund dieser Anforderungen in Teilbereichen kein Nachteilsausgleich gewährt werden kann.

Die Nachteilsausgleichsmaßnahmen können technischer, personeller, organisatorischer oder infrastruktureller Natur sein.

Bei der Festlegung der Nachteilsausgleichsmaßnahmen kann sich der Direktor des ZAWM von externen Experten beraten lassen.

§2 – Unter angemessenen Nachteilsausgleichsmaßnahmen versteht man folgende Maßnahmen:

1. sie sind gezielt an den individuellen Bedarf des Auszubildenden angepasst;
2. sie sorgen dafür, dass der Auszubildende sich seinen Möglichkeiten entsprechend an allen Ausbildungsaktivitäten beteiligen kann
3. sie sorgen dafür, dass die Autonomie des Auszubildenden bei der Bewältigung der an ihn gestellten Anforderungen gewährleistet bleibt;
4. sie werden so getroffen, dass die Sicherheit und die Würde der Person mit besonderem Förderbedarf gewährleistet sind.

Eine Nachteilsausgleichsmaßnahme, deren finanzieller und/oder organisatorischer Aufwand in einem ungünstigen Verhältnis zum Nutzen steht, ist als unangemessen zu betrachten.

§3 – Der Direktor des ZAWM teilt den Erziehungsberechtigten oder dem volljährigen Auszubildenden die Entscheidung über die Nachteilsausgleichsmaßnahmen binnen fünf Werktagen nach dem Tag, an dem die Entscheidung getroffen wurde, per Einschreiben oder per Aushändigung mit Empfangsbestätigung mit. Das Datum des Poststempels, des elektronischen Zeitstempels oder der Empfangsbestätigung ist maßgebend.

Gleichzeitig teilt der Direktor des ZAWM den folgenden mit der Durchführung der Nachteilsausgleichsmaßnahmen betrauten Personen die Entscheidung über die Nachteilsausgleichsmaßnahmen schriftlich mit:

1. den betroffenen Mitgliedern des Direktions-, Lehr- und sozialpädagogischen Personals,
2. dem zuständigen Mitarbeiter des Zentrums für Förderpädagogik,
3. dem zuständigen Lehrlingssekretär,
4. der betroffenen Person im Ausbildungsbetrieb .“

Art. 7 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 36.4 eingefügt:

„Art. 36.4 – Die Nachteilsausgleichsmaßnahmen sind ab dem Tag der in Artikel 36.3 §3 angeführten Entscheidung höchstens für das laufende Ausbildungsjahr und das darauffolgende Ausbildungsjahr gültig und können mit dem Einverständnis der Erziehungsberechtigten oder des volljährigen Auszubildenden auf den in Artikel 36.2 §1 angeführten Antrag für jeweils zwei weitere Ausbildungsjahre verlängert werden.

Die Gültigkeitsdauer der Nachteilsausgleichmaßnahmen wird in der in Artikel 36.3 §3 angeführten Entscheidung vermerkt.“

Art. 8 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 36.5 eingefügt:

„Art. 36.5 – Der Direktor des ZAWM ist verantwortlich für die Umsetzung der in Artikel 36.3 §3 angeführten Entscheidung.

Sollten Nachteilsausgleichsmaßnahmen vor Ablauf der Gültigkeitsdauer nicht mehr notwendig sein, kann der Direktor des ZAWM diese mit schriftlichem Einverständnis oder auf Antrag der Erziehungsberechtigten oder des volljährigen Auszubildenden aufheben.

Stellen die Erziehungsberechtigten oder der volljährige Auszubildenden vor Ablauf der Gültigkeitsdauer der Nachteilsausgleichsmaßnahmen einen Antrag auf Verlängerung, werden die festgelegten Nachteilsausgleichsmaßnahmen vom Direktor des ZAWM unter Mitwirkung der mit der Durchführung der Nachteilsausgleichsmaßnahmen betrauten Mitglieder des Direktions-, Lehr- und sozialpädagogischen Personals und des Personals des Zentrums für Förderpädagogik überprüft, angepasst, verlängert oder aufgehoben. Die Entscheidung und die Gültigkeit der Nachteilsausgleichsmaßnahmen entsprechen den Artikeln 36.3 und 36.4.

Die Erneuerung des Gutachtens ist nicht zwingend erforderlich, obliegt allerdings der Einschätzung der mit der Durchführung der Nachteilsausgleichsmaßnahmen betrauten Mitglieder des Direktions-, Lehr- und sozialpädagogischen Personals und des Personals des Zentrums für Förderpädagogik. Ein Gutachten kann jedoch nur maximal sechs Jahre gültig sein."

Art. 9 – In Kapitel 4.1 desselben Erlasses wird folgender Abschnitt 2, der die Artikel 36.6 bis 36.13 umfasst, eingefügt:
„Abschnitt 2 – Notenschutz"

Art. 10 – In Kapitel 4.1 Abschnitt 2 desselben Erlasses wird folgender Artikel 36.6 eingefügt:
„Art. 36.6 – Notenschutz ist die Nichtbewertung des Auszubildenden in einem oder mehreren Teilbereichen der im Lehrprogramm der Allgemeinkenntnisse beschriebenen Kompetenzanforderungen.

Ein Notenschutz kann ausschließlich im Stadium der Lehre für die Kurse der Allgemeinkenntnisse beantragt werden.

Notenschutz ist die Maßnahme, die den Auszubildenden mit besonderem Förderbedarf bei der Leistungsermittlung und -bewertung vor den möglichen negativen Auswirkungen seiner Beeinträchtigung auf seine Ausbildung, seine Motivation sowie auf seine psychische Entwicklung schützen soll.

Nachteilsausgleichsmaßnahmen haben gegenüber dem Notenschutz Vorrang.

Auszubildende, deren Beeinträchtigung im geistigen Bereich liegt und die einen unterdurchschnittlichen Intelligenzquotienten aufweisen, kommen nicht in den Genuss des Notenschutzes. Der durchschnittliche Intelligenzquotient liegt bei 100 mit Standardabweichung 15. Ein unterdurchschnittlicher Intelligenzquotient liegt bei unter 85."

Art. 11 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 36.7 eingefügt:
„Art. 36.7 – §1 – Die Erziehungsberechtigten oder der volljährige Auszubildende reichen einen Antrag auf Notenschutz beim Direktor des ZAWM ein, in dem der Auszubildende eingeschrieben werden soll oder eingeschrieben ist. Hierzu nutzen sie ein Antragsformular, das folgende Angaben enthält:

1. Identifizierung und Kontaktdaten des Auszubildenden
2. Identifizierung und Kontaktdaten der Erziehungsberechtigten
3. Beschreibung der Beeinträchtigung des Auszubildenden
4. Begründung für den beantragten Notenschutz
5. Mitteilung des angefragten Teilbereiches für den Notenschutz
6. Entscheidung des Direktors des ZAWM zu den Nachteilsausgleichsmaßnahmen
7. Mitteilung, ob und inwieweit der Intelligenzquotient des Auszubildenden über dem Durchschnitt von 85 liegt

8. Anerkennung des Gutachtens durch das Zentrum für Förderpädagogik für Gutachten, die nicht vom Zentrum erstellt wurden
9. Stellungnahme des Direktors des ZAWM
10. Entscheidung der Schulinspektion
11. Antrag auf Verlängerung eingereicht durch den Direktor des ZAWM
12. Entscheidung der Schulinspektion über den Verlängerungsantrag
13. Vorzeitige Aufhebung des Notenschutzes

Dem Antrag werden die Entscheidung des Direktors des ZAWM zu den Nachteilsausgleichsmaßnahmen, die bereits dokumentierten Maßnahmen zum Nachteilsausgleich und ein Gutachten einer fachkundigen Einrichtung beigefügt. Das Gutachten ist nicht älter als sechs Monate, begründet die Notwendigkeit des Notenschutzes und wird von den Erziehungsberechtigten oder vom volljährigen Auszubildenden eingeholt. Wird das Gutachten von einer Einrichtung erstellt, die nicht das Zentrum für Förderpädagogik ist, so müssen die Erziehungsberechtigten oder der volljährige Auszubildende das Gutachten durch das Zentrum für Förderpädagogik anerkennen lassen. Das Zentrum prüft innerhalb von 15 Werktagen, inwiefern das Gutachten die untenstehenden Angaben beinhaltet. Sollte das Zentrum zu dem Schluss kommen, dass das Gutachten nach inhaltlicher Prüfung nicht anerkannt werden kann oder dass es nicht die in Absatz 3 angeführten Angaben beinhaltet, schickt es eine mit Gründen versehene Absage per einfachem Schreiben an die Erziehungsberechtigten oder den volljährigen Auszubildenden. Es obliegt den Erziehungsberechtigten, beziehungsweise dem volljährigen Antragsteller beim Zentrum oder einer anderen Einrichtung ein neues Gutachten in Auftrag zu geben.

Das in Absatz 2 angeführte datierte Gutachten beinhaltet folgende Angaben:

1. Name der Einrichtung,

2. Titel und berufliche Referenzen des/der Sachverständigen, der/die die Auswertung und das Gutachten des Auszubildenden erstellt hat/haben,

3. die Art der medizinischen, psychologischen und allgemeinen Probleme des Auszubildenden,

4. die zur Feststellung verwendeten Tests und Techniken,

5. relevante Stärken und Schwächen des Auszubildenden, deren Auswirkungen auf den Lernprozess,

6. Empfehlungen zu relevanten Teilbereichen für den Notenschutz.

Das Einreichen eines Antrags eröffnet keinen Rechtsanspruch auf die im Gutachten empfohlenen Teilbereiche für den Notenschutz.

§2 – Der Direktor des ZAWM nimmt nach Rücksprache mit den betroffenen Mitgliedern des Direktions-, Lehr- und sozialpädagogischen Personals und des Personals des Zentrums für Förderpädagogik innerhalb von 15 Werktagen Stellung zum in §1 angeführten Antrag und definiert unter Berücksichtigung der in §1 Absatz 3 Nummer 6 angeführten Empfehlungen die vom Notenschutz betroffenen Teilbereiche des Lehrprogramms und sendet den vervollständigten Antrag der Schulinspektion per einfachem Schreiben zu.

Der Antrag des Direktors des ZAWM beinhaltet:

1. den in §1 angeführten Antrag und dessen Anlagen,

2. die Stellungnahme des Direktors des ZAWM,

3. Empfehlungen zu relevanten Teilbereichen des Lehrprogramms für den Notenschutz.

Bei der Stellungnahme kann sich der Direktor des ZAWM von externen Experten beraten lassen.

§3 – Unbeschadet des §2 berücksichtigen der Direktor des ZAWM und die mit der Durchführung der Maßnahmen betrauten Mitglieder des Direktions-, Lehr- und sozialpädagogischen Personals sowie die Mitarbeiter des Zentrums für Förderpädagogik die Sicherheits- und Hygieneanforderungen bei den Empfehlungen zu relevanten Teilbereichen des Lehrprogramms für den Notenschutz. Dies kann dazu führen, dass aufgrund dieser Anforderungen in Teilbereichen kein Notenschutz gewährt werden kann.

§4 – Wird ein Notenschutz zum ersten Mal beantragt, ist eine Frist von zwei Beobachtungsmonaten einzuhalten, bevor der Antrag seitens der Erziehungsberechtigten oder des volljährigen Auszubildenden eingereicht werden kann."

Art. 12 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 36.8 eingefügt:

„Art. 36.8 – Die Schulinspektion entscheidet innerhalb von 20 Werktagen nach Erhalt des in Artikel 36.7 §2 angeführten Antrags über den Notenschutz. Bei der Genehmigung des Notenschutzes wird die Größe des Teilbereichs, für den der Notenschutz gelten soll, berücksichtigt; der Teilbereich ist immer begrenzt. Bei Stillschweigen der Schulinspektion gilt der Antrag als genehmigt.

Die Entscheidung der Schulinspektion wird dem Direktor des ZAWM binnen drei Werktagen nach dem Tag, an dem die Entscheidung getroffen wurde, per einfachem Schreiben mitgeteilt.

Der Direktor des ZAWM informiert die Erziehungsberechtigten oder den volljährigen Auszubildenden über die Entscheidung zum Notenschutz binnen drei Werktagen nach Erhalt der Entscheidung per Einschreiben oder per Aushändigung mit Empfangsbestätigung. Das Datum des Poststempels, des elektronischen Zeitstempels oder der Empfangsbestätigung ist maßgebend.

Der Direktor des ZAWM informiert schriftlich binnen drei Werktagen nach Erhalt der Entscheidung über den Notenschutz die folgenden mit der Durchführung des Notenschutzes betrauten Personen:

1. die betroffenen Mitglieder des Direktions-, Lehr- und sozialpädagogischen Personals,
2. den zuständigen Lehrlingssekretär,
3. die betroffene Person im Ausbildungsbetrieb."

Art. 13 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 36.9 eingefügt:

„Art. 36.9 – Der Notenschutz ist ab dem Tag der in Artikel 36.8 Absatz 1 angeführten Entscheidung höchstens für das laufende Ausbildungsjahr und das darauffolgende Ausbildungsjahr gültig und kann auf den in Artikel 36.7 §2 oder §3 angeführten Antrag für jeweils zwei Ausbildungsjahre verlängert werden.

Die Gültigkeitsdauer des Notenschutzes wird in der in Artikel 36.8 Absatz 1 angeführten Entscheidung vermerkt.

Gilt der Antrag auf Notenschutz bei Stillschweigen der Schulinspektion gemäß Artikel 36.8 Absatz 1 als genehmigt, ist der Notenschutz für das laufende Schuljahr oder Ausbildungsjahr und das darauffolgende Schuljahr oder Ausbildungsjahr gültig."

Art. 14 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 36.10 eingefügt:

„Art. 36.10 – §1 – Der Direktor des ZAWM ist verantwortlich für die Umsetzung der in Artikel 36.8 angeführten Entscheidung.

§2 – Der Direktor des ZAWM evaluiert jährlich den Notenschutz mit den betroffenen Mitgliedern des Direktions-, Lehr- und sozialpädagogischen Personals unter Einbeziehung der Erziehungsberechtigten oder des volljährigen Auszubildenden.

Der tatsächliche Leistungsstand ist den Erziehungsberechtigten oder dem volljährigen Auszubildenden am Ende des Ausbildungsjahres gesondert mitzuteilen.

§3 – Vor Ablauf der Gültigkeitsdauer des Notenschutzes wird die Notwendigkeit des Notenschutzes vom Direktor des ZAWM nach Rücksprache mit den betroffenen Mitgliedern des Direktions-, Lehr- und sozialpädagogischen Personals unter Einbeziehung der Erziehungsberechtigten oder des volljährigen Auszubildenden überprüft. Der Direktor des ZAWM stellt falls erforderlich einen begründeten Verlängerungsantrag. Der Antrag entspricht dem in Artikel 36.7 §2 oder §3 angeführten Antrag.

Die Entscheidung der Schulinspektion und die Gültigkeit des Notenschutzes entsprechen den Artikeln 36.8 und 36.9.

Die Erneuerung des Gutachtens ist nicht zwingend erforderlich, obliegt allerdings der Einschätzung der mit der Durchführung des Notenschutzes betrauten Mitglieder des Direktions-, Lehr- und sozialpädagogischen Personals und des Zentrums für Förderpädagogik. Ein Gutachten ist maximal sechs Jahre gültig."

Art. 15 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 36.11 eingefügt:
„Art. 36.11 – Über die Versetzung von Auszubildenden, deren Leistungsstand in einem oder mehreren Teilbereichen des Lehrprogramms der Allgemeinkenntnisse aufgrund ihres festgestellten besonderen Förderbedarfs und des entsprechend gewährten Notenschutzes den Anforderungen des Ausbildungsjahres nicht entspricht, entscheidet gemäß Artikel 27 §1 des Erlasses der Regierung vom 30. August 2018 über die Prüfungen und die Bewertung in der Grundausbildung des Mittelstandes der Klassenrat in pädagogischer Verantwortung und im Interesse des Auszubildenden."

Art. 16 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 36.12 eingefügt:
„Art. *36.12* - Ist bereits Notenschutz in der Sekundarschule gewährt worden, ist ein neuer Antrag auf Notenschutz beim Übergang von der Sekundarschule zum ZAWM zu stellen."

Art. 17 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 36.13 eingefügt:
„Art. 36.13 – Der durch die in Artikel 36.8 angeführte Entscheidung genehmigte Notenschutz kann auf Basis einer konsensbasierten Entscheidung zwischen den Erziehungsberechtigten oder dem volljährigen Auszubildenden und dem Direktor des ZAWM in Absprache mit den betroffenen Mitgliedern des Direktions-, Lehr- und sozialpädagogischen Personals vor Ablauf der genehmigten Dauer aufgehoben werden. In diesem Fall ist die Schulinspektion darüber schriftlich zu informieren."

Art. 18 – In Kapitel 4.1 desselben Erlasses wird folgender Abschnitt 3, der den Artikel 36.14 umfasst, eingefügt:
„Abschnitt 3 – Beschwerden"

Art. 19 – In Kapitel 4.1 Abschnitt 3 desselben Erlasses wird folgender Artikel 36.14 eingefügt:

„Art. 36.14 – Sind die Erziehungsberechtigten oder der volljährige Auszubildende mit einer der in den Artikeln 36.3, 36.5 Absatz 3, 36.8 oder 36.10 §3 angeführten Entscheidungen über die Nachteilsausgleichsmaßnahmen oder den Notenschutz nicht einverstanden, können sie innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Erhalt der Entscheidung Einspruch beim Vorsitzenden des Förderausschusses per Einschreiben oder per Aushändigung mit Empfangsbestätigung einlegen. Das Datum des Poststempels, des elektronischen Zeitstempels oder der Empfangsbestätigung ist maßgebend.

Der Förderausschuss übermittelt den Erziehungsberechtigten oder dem volljährigen Auszubildenden und dem Direktor des ZAWM per Einschreiben seine mit Gründen versehene Entscheidung sowie seine Empfehlung in Bezug auf die im folgenden Ausbildungsjahr einzusetzenden Maßnahmen zum Nachteilsausgleich oder Notenschutz innerhalb einer Frist von 20 Werktagen nach Versand des in Absatz 1 angeführten Einschreibens.

Sind die Erziehungsberechtigten mit der Entscheidung des Förderausschusses nicht einverstanden, teilen sie dies dem Vorsitzenden des Förderausschusses innerhalb einer Frist von 14 Werktagen nach Versand des Einschreibens, das die Entscheidung beinhaltet, schriftlich mit. Dieser verweist die Angelegenheit an den zuständigen Jugendrichter.

Das in Artikel 93.28 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen angeführte Verfahren findet Anwendung."

Art. 20 - – In Kapitel 4.1 Abschnitt 3 desselben Erlasses wird folgender Artikel 36.15 eingefügt:
„Art. 36.15 - Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung.

Der Direktor des ZAWM, die Schulinspektion, der Förderausschuss und die in den Artikeln 36.2 und 36.7 erwähnten fachkundigen Einrichtungen verarbeiten personenbezogene Daten ausschließlich im Hinblick auf die Ausführung ihrer Aufträge, die in vorliegendem Kapitel vorgesehen sind.

Das ZAWM ist im Rahmen der Ausführung der Artikel 36.2, 36.3 und 36.7, die Regierung ist im Rahmen der Ausführung der Artikel 36.8 und 36.14 und die fachkundige Einrichtung ist im Rahmen der Ausführung der Artikel 36.2 und 36.7 für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich."

Art. 21 - – In Kapitel 4.1 Abschnitt 3 desselben Erlasses wird folgender Artikel 36.16 eingefügt:
„Art. 36.16 – Unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, werden die Daten ab Datum des Eingangs des Antrags des Auszubildenden oder seines Erziehungsberechtigten beim Direktor des ZAWM während zehn Jahren verarbeitet und aufbewahrt."

KAPITEL 2 – ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 30. AUGUST 2018 ÜBER DIE PRÜFUNGEN UND DIE BEWERTUNG IN DER GRUNDAUSBILDUNG DES MITTELSTANDES

Art. 22 – In Artikel 9 §1 des Erlasses der Regierung vom 30. August 2018 über die

Prüfungen und die Bewertung in der Grundausbildung des Mittelstandes wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 werden die Teilbereiche, für die ein Notenschutz gemäß Kapitel 4.1 Abschnitt 2 des Erlasses der Regierung über die Grundausbildung gewährt wurde, nicht in der Bewertung berücksichtigt. Diese Abweichung wird auf dem Zeugnis des Kandidaten angeführt. Die vor der Genehmigung des Notenschutzes gegebenen Noten dürfen nicht geändert werden."

Art. 23 – In Artikel 26 §1 desselben Erlasses wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 werden die Teilbereiche, für die ein Notenschutz gemäß Kapitel 4.1 Abschnitt 2 des Erlasses der Regierung über die Grundausbildung gewährt wurde, nicht in der Bewertung berücksichtigt. Diese Abweichung wird auf dem Zeugnis des Kandidaten angeführt. Die vor der Genehmigung des Notenschutzes gegebenen Noten dürfen nicht geändert werden."

KAPITEL 3 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 24 – Vorliegender Erlass tritt am 1. Juli 2024 in Kraft.

Art. 25 – Der für die Ausbildung zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung
L. KLINKENBERG

Lydia Klinkenberg

Digital unterschrieben von Lydia Klinkenberg
Datum: 2023.10.27 10:48:52 +02'00'

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'arrêté du Gouvernement relatif à la compensation des désavantages et à la protection des notes dans le cadre de la formation dans les classes moyennes

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, l'article 7, § 7, 6° et 6.1°, inséré par le décret du 26 juin 2023;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 27 juin 2013 relatif à la formation de base dans la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2018 relatif aux examens et à l'évaluation de la formation de base dans les classes moyennes;

Vu l'avis de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, donné le 11 janvier 2022;

Vu l'avis n° 07/2022 de l'Autorité de protection des données, donné le 21 janvier 2022;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 24 mars 2022;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 21 avril 2022;

Vu l'avis n° 71.442/2 du Conseil d'État, donné le 1er juin 2022, et l'avis n° […], donné le […] en application de l'article 84, § 1er, alinéa 1er, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Formation;

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1er – Modification de l'arrêté du Gouvernement du 27 juin 2013 relatif à la formation de base dans la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME

Article 1er – À l'article 1er de l'arrêté du Gouvernement du 27 juin 2013 relatif à la formation de base dans la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 mars 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'article est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° jour ouvrable : du lundi au vendredi, à l'exception des jours fériés légaux. Les vacances scolaires ne sont pas considérées comme des jours ouvrables; »

3° l'article est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° centre de pédagogie de soutien : regroupement des écoles spécialisées organisées par la

Communauté germanophone en une unité organisationnelle et pédagogique dont le pouvoir organisateur est l'enseignement communautaire; »

4° l'article est complété par un 6° rédigé comme suit :

« 6° inspection scolaire : l'inspection instaurée par le décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration; »

5° l'article est complété par un 7° rédigé comme suit :

« 7° commission de soutien : la commission instaurée par le chapitre VIII*bis*, section 6, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées. »

Art. 2 – Dans le même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement du 27 août 2020 et 17 mars 2022, il est inséré un chapitre 4.1, comportant les articles 36.1 à 36.14, intitulé comme suit :

« Chapitre 4.1 – Compensation des désavantages et protection des notes ».

Art. 3 – Dans le chapitre 4.1 du même arrêté, il est inséré une section 1re, comportant les articles 36.1 à 36.5, intitulée comme suit :

« Section 1re – Compensation des désavantages ».

Art. 4 – Dans le chapitre 4.1, section 1re, du même arrêté, il est inséré un article 36.1 rédigé comme suit :

« Art. 36.1 – La compensation des désavantages vise à corriger une situation déséquilibrée au sein du ZAWM afin de prévenir une discrimination des apprenants nécessitant un soutien spécifique conformément à l'article 7, § 7, 6.1°, du décret du 16 décembre 1991.

Cette compensation se définit par des aménagements pédagogiques appropriés, destinés à contrebalancer un déficit individuel spécifique et à permettre aux apprenants nécessitant un soutien spécifique d'exprimer les connaissances, capacités et aptitudes acquises.

La demande en vue d'obtenir la compensation des désavantages peut être introduite au stade de l'apprentissage pour les cours de connaissances générales.

Les compétences exigées par les programmes d'apprentissage doivent être acquises. L'octroi de mesures visant à compenser des désavantages ne remet pas en question un soutien ayant le même objectif. La compensation des désavantages n'est pas mentionnée sur le bulletin. »

Art. 5 – Dans la même section, il est inséré un article 36.2 rédigé comme suit :

« Art. 36.2 – § 1er – Les personnes chargées de l'éducation ou l'apprenant majeur introduisent, auprès du directeur du ZAWM dans lequel l'apprenant est ou sera inscrit, une demande en vue d'obtenir la compensation des désavantages. À cette fin, ils utilisent un formulaire de demande qui reprend les informations suivantes :

1° l'identification et les données de contact de l'apprenant;
2° l'identification et les données de contact des personnes chargées de l'éducation;
3° la description des troubles de l'apprenant;
4° la description des mesures de compensation demandées;
5° la décision du directeur du ZAWM;
6° le cas échéant, la demande de prolongation.

Un avis rendu par un organisme expert en la matière, datant de moins de six mois et motivant la nécessité de compenser des désavantages, est joint à la demande. Ce sont les personnes chargées de l'éducation ou l'apprenant majeur qui sollicitent cet avis.

L'avis mentionné à l'alinéa 2 reprend les données suivantes :

1° le nom de l'organisme;

2° les titre et références professionnelles du ou des experts qui ont établi l'évaluation de l'apprenant et l'avis;

3° la nature des problèmes médicaux, psychologiques et généraux de l'apprenant;

4° les techniques et tests utilisés pour les constater;

5° les points forts et les points faibles de l'apprenant qui peuvent avoir une influence sur le processus d'apprentissage;

6° les recommandations formulées quant aux mesures de compensation.

L'introduction d'une demande n'ouvre aucun droit aux mesures de compensation recommandées dans l'avis.

§ 2 – Par dérogation au § 1er, le directeur du ZAWM peut, après avoir discuté avec les personnes chargées de l'éducation, fixer pour un apprenant des mesures visant à compenser les désavantages. »

Art. 6 – Dans la même section, il est inséré un article 36.3 rédigé comme suit :

« Art. 36.3 – § 1er – Si le directeur du ZAWM fait droit à la demande visée à l'article 36.2, § 1er, il fixe, dans un délai de quinze jours ouvrables suivant l'introduction de ladite demande, par écrit sur un formulaire *ad hoc*, des mesures de compensation des désavantages appropriées dans le respect des recommandations mentionnées à l'article 36.2, § 1er, alinéa 3, 6°, et avec le concours des membres du personnel directeur, enseignant et sociopédagogique ainsi que du personnel du centre de pédagogie de soutien chargés de la mise en place desdites mesures.

Sans préjudice de l'alinéa 1er, le directeur du ZAWM et les membres du personnel directeur, enseignant et sociopédagogique et ceux du personnel du centre de pédagogie de soutien chargés de la mise en place des mesures de compensation des désavantages tiennent compte, lors de la fixation desdites mesures, des exigences en matière de sécurité et d'hygiène et des besoins opérationnels. Il se pourrait qu'en raison de ces exigences, aucune mesure de compensation ne puisse être accordée dans des sous-domaines.

Les mesures de compensation des désavantages peuvent être de nature technique, personnelle, organisationnelle ou infrastructurelle.

Lors de la fixation des mesures de compensation des désavantages, le directeur du ZAWM peut demander l'avis d'experts externes.

§ 2 – Sont considérées comme mesures de compensation des désavantages appropriées celles qui :

1° sont adaptées aux besoins individuels de l'apprenant;

2° veillent à ce que l'apprenant participe à toutes les activités de formation selon ses possibilités;

3° veillent à ce que l'autonomie de l'apprenant reste assurée lorsqu'il répond aux exigences lui étant imposées;

4° garantissent la sécurité et la dignité de la personne nécessitant un soutien spécifique.

Une mesure de compensation qui représente un investissement financier ou organisationnel disproportionné par rapport à son utilité est considérée comme inappropriée.

§ 3 – Dans un délai de cinq jours ouvrables suivant le jour où la décision concernant les mesures de compensation des désavantages a été prise, le directeur du ZAWM la transmet aux personnes chargées de l'éducation ou à l'apprenant majeur, par recommandé ou contre remise d'un accusé

de réception. La date du cachet de la poste, de l'horodatage électronique ou de l'accusé de réception fait foi.

Parallèlement, le directeur du ZAWM transmet, par écrit, la décision concernant les mesures de compensation des désavantages aux personnes ci-après chargées de la mise en place de ces mesures :

1° le membre concerné du personnel directeur, enseignant et sociopédagogique;
2° le membre du personnel compétent du centre de pédagogie de soutien;
3° le secrétaire d'apprentissage compétent;
4° la personne concernée dans l'entreprise formatrice. »

Art. 7 – Dans la même section, il est inséré un article 36.4 rédigé comme suit :

« Art. 36.4 – Les mesures de compensation entrent en vigueur le jour où la décision mentionnée à l'article 36.3, § 3, est prise et restent valables au plus pour l'année de formation en cours et la suivante; avec l'accord des personnes chargées de l'éducation ou de l'apprenant majeur, elles peuvent être prolongées, chaque fois pour deux autres années de formation, sur la demande visée à l'article 36.2, § 1er.

La durée de validité des mesures de compensation est indiquée sur la décision mentionnée à l'article 36.3, § 3. »

Art. 8 – Dans la même section, il est inséré un article 36.5 rédigé comme suit :

« Art. 36.5 – Le directeur du ZAWM est responsable de la mise en œuvre de la décision mentionnée à l'article 36.3, § 3.

Si des mesures de compensation deviennent inutiles avant l'expiration de la durée de validité, le directeur du ZAWM peut les lever moyennant l'accord écrit des personnes chargées de l'éducation ou de l'apprenant majeur ou à la demande de l'un de ceux-ci.

Si les personnes chargées de l'éducation ou l'apprenant majeur introduisent une demande de prolongation avant l'expiration des mesures de compensation des désavantages, le directeur du ZAWM vérifie, adapte, prolonge ou lève lesdites mesures avec le concours des membres du personnel directeur, enseignant et sociopédagogique ainsi que du personnel du centre de pédagogie de soutien chargés d'exécuter ces mesures. La décision et la validité des mesures de compensation sont conformes aux articles 36.3 et 36.4.

L'avis ne doit pas impérativement être renouvelé; le renouvellement est toutefois soumis à l'évaluation des membres du personnel directeur, enseignant et sociopédagogique ainsi que du personnel du centre de pédagogie de soutien chargés d'exécuter les mesures de compensation. Un avis n'est néanmoins valable que six ans au maximum. »

Art. 9 – Dans le chapitre 4.1 du même arrêté, il est inséré une section 2, comportant les articles 36.6 à 36.13, intitulée comme suit :

« Section 2 – Protection des notes ».

Art. 10 – Dans le chapitre 4.1, section 2, du même arrêté, il est inséré un article 36.6 rédigé comme suit :

« Art. 36.6 – La protection des notes consiste à ne pas évaluer l'apprenant dans un ou plusieurs sous-domaines des compétences exigées par les programmes d'apprentissage relatifs aux connaissances générales.

La demande en vue d'obtenir la protection des notes peut exclusivement être introduite au stade de l'apprentissage pour les cours de connaissances générales.

La protection des notes consiste, lors de l'évaluation certificative des compétences, à préserver l'apprenant nécessitant un soutien spécifique des conséquences négatives que ses troubles peuvent éventuellement avoir sur sa formation, sa motivation et son développement psychique.

Les mesures de compensation priment sur la protection des notes.

Les apprenants qui présentent un handicap mental et qui ont un quotient intellectuel inférieur à la moyenne ne bénéficient pas de la protection des notes. Le quotient intellectuel moyen se situe à 100, avec un écart-type de 15. En dessous de 85, le quotient est considéré comme étant en dessous de la moyenne. »

Art. 11 – Dans la même section, il est inséré un article 36.7 rédigé comme suit :

« Art. 36.7 – § 1er – Les personnes chargées de l'éducation ou l'apprenant majeur introduisent, auprès du directeur du ZAWM dans lequel l'apprenant est ou sera inscrit, une demande en vue d'obtenir la protection des notes. À cette fin, ils utilisent un formulaire de demande qui reprend les informations suivantes :

1° l'identification et les données de contact de l'apprenant;
2° l'identification et les données de contact des personnes chargées de l'éducation;
3° la description des troubles de l'apprenant;
4° la justification de la protection des notes demandée;
5° la communication des sous-domaines pour lesquels une protection des notes est demandée;
6° la décision du directeur du ZAWM en ce qui concerne les mesures de compensation des désavantages;
7° la communication précisant si le quotient intellectuel de l'apprenant dépasse ou non la moyenne de 85 et dans quelle mesure;
8° la reconnaissance de l'avis par le centre de pédagogie de soutien lorsque celui-ci ne l'a pas établi;
9° l'avis du directeur du ZAWM;
10° la décision de l'inspection scolaire;
11° la demande de prolongation introduite par le directeur du ZAWM;
12° la décision de l'inspection scolaire concernant la demande de prolongation;
13° la suppression prématurée de la protection des notes.

La demande est accompagnée de la décision prise par le directeur du ZAWM à propos des mesures de compensation des désavantages, des documents relatifs à ces mesures ainsi que d'un avis rendu par un organisme expert en la matière. L'avis ne date pas de plus de six mois et motive la nécessité de protéger les notes; il est sollicité par les personnes chargées de l'éducation ou l'apprenant majeur. Si l'avis est établi par un organisme autre que le centre de pédagogie de soutien, les personnes chargées de l'éducation ou l'apprenant majeur doivent faire reconnaitre cet avis par ledit centre. Dans un délai de quinze jours ouvrables, le centre vérifie si l'avis contient les données mentionnées ci-dessous. Si le centre conclut, après examen du contenu, que l'avis ne peut être reconnu ou qu'il ne reprend pas les données mentionnées à l'alinéa 3, il transmet un refus motivé aux personnes chargées de l'éducation ou à l'apprenant majeur, et ce, par simple courrier. Il revient aux personnes chargées de l'éducation ou à l'apprenant majeur, selon le cas, de solliciter un nouvel avis soit auprès du centre, soit auprès d'un autre organisme.

L'avis mentionné à l'alinéa 2 reprend les données suivantes :

1° le nom de l'organisme;

2° les titre et références professionnelles du ou des experts qui ont établi l'évaluation de l'apprenant et l'avis;

3° la nature des problèmes médicaux, psychologiques et généraux de l'apprenant;

4° les techniques et tests utilisés pour les constater;

5° les points forts et les points faibles de l'apprenant qui peuvent avoir une influence sur le processus d'apprentissage;

6° les recommandations formulées quant aux sous-domaines pertinents pour la protection des notes.

L'introduction d'une demande n'ouvre aucun droit à la protection des notes dans les sous-domaines recommandés dans l'avis.

§ 2 – Après avoir consulté les membres concernés du personnel directeur, enseignant et sociopédagogique et du personnel du centre de pédagogie de soutien, le directeur du ZAWM se prononce, dans un délai de quinze jours ouvrables, sur la demande mentionnée au § 1er, et définit les sous-domaines du programme d'apprentissage concernés par la protection des notes en tenant compte des recommandations visées au § 1er, alinéa 3, 6°, et transmet la demande complète à l'inspection scolaire par simple courrier.

La demande du directeur du ZAWM contient :

1° la demande et les annexes mentionnées au § 1er;

2° l'avis du directeur du ZAWM;

3° les recommandations concernant les sous-domaines du programme d'apprentissage pertinents pour la protection des notes.

Lors de sa prise de position, le directeur du ZAWM peut demander l'avis d'experts externes.

§ 3 – Sans préjudice du § 2, le directeur du ZAWM et les membres du personnel directeur, enseignant et sociopédagogique chargés d'exécuter les mesures ainsi que les collaborateurs du centre de pédagogie de soutien tiennent compte des exigences en matière de sécurité et d'hygiène ainsi que des besoins opérationnels lors de leurs recommandations concernant les sous-domaines du programme d'apprentissage pertinents pour la protection des notes. Il se pourrait qu'en raison de ces exigences, aucune mesure de protection des notes ne puisse être accordée dans des sous-domaines.

§ 4 – Si une protection des notes est demandée pour la première fois, il convient de respecter un délai d'observation de deux mois avant que les personnes chargées de l'éducation ou l'apprenant majeur puissent introduire ladite demande. »

Art. 12 – Dans la même section, il est inséré un article 36.8 rédigé comme suit :

« Art. 36.8 – L'inspection scolaire se prononce dans un délai de vingt jours ouvrables suivant la réception de la demande de protection des notes mentionnée à l'article 36.7, § 2. Le volume du sous-domaine concerné est pris en compte lors de l'approbation de la protection des notes; le sous-domaine est toujours limité. Si l'inspection scolaire n'a pas statué, la demande est censée être approuvée.

Dans un délai de trois jours ouvrables suivant la prise de décision, l'inspection scolaire transmet sa décision au directeur du ZAWM par simple courrier.

Dans un délai de trois jours ouvrables suivant la réception de la décision concernant la protection des notes, le directeur du ZAWM en informe les personnes chargées de l'éducation ou l'apprenant majeur par recommandé ou contre remise d'un accusé de réception. La date du cachet de la poste, de l'horodatage électronique ou de l'accusé de réception fait foi.

Dans les trois jours ouvrables après réception de la décision concernant la protection des notes, le directeur du ZAWM informe par écrit les personnes ci-après chargées de la mise en œuvre de ladite protection des notes :

1° les membres concernés du personnel directeur, enseignant et sociopédagogique;

2° le secrétaire d'apprentissage compétent;

3° la personne concernée dans l'entreprise formatrice. »

Art. 13 – Dans la même section, il est inséré un article 36.9 rédigé comme suit :

« Art. 36.9 – La protection des notes entre en vigueur le jour où la décision mentionnée à l'article 36.8, alinéa 1er, est prise et reste valable au plus pour l'année de formation en cours et la suivante; elle peut être prolongée, chaque fois pour deux années de formation, sur la demande visée à l'article 36.7, §§ 2 ou 3.

La durée de validité de la protection des notes est indiquée sur la décision mentionnée à l'article 36.8, alinéa 1er.

Si la demande de protection des notes est approuvée par défaut de décision de l'inspection scolaire au sens de l'article 36.8, alinéa 1er, ladite protection des notes est valable pour l'année scolaire ou de formation en cours et la suivante. »

Art. 14 – Dans la même section, il est inséré un article 36.10 rédigé comme suit :

« Art. 36.10 – § 1er – Le directeur du ZAWM est responsable de la mise en œuvre de la décision mentionnée à l'article 36.8.

§ 2 – Le directeur du ZAWM évalue chaque année la protection des notes en concertation avec les membres concernés du personnel directeur, enseignant et sociopédagogique en impliquant les personnes chargées de l'éducation ou l'apprenant majeur.

Le niveau effectif de restitution des acquis est communiqué séparément, à la fin de l'année de formation, aux personnes chargées de l'éducation ou à l'apprenant majeur.

§ 3 – Avant l'expiration de la validité de la protection des notes, le directeur du ZAWM vérifie la nécessité de protéger les notes, en concertation avec les membres concernés du personnel directeur, enseignant et sociopédagogique ainsi qu'avec les personnes chargées de l'éducation ou l'apprenant majeur. Si nécessaire, le directeur du ZAWM introduit une demande de prolongation motivée. Cette demande correspond à celle mentionnée à l'article 36.7, §§ 2 ou 3.

La décision rendue par l'inspection scolaire et la validité de la protection des notes satisfont aux articles 36.8 et 36.9.

L'avis ne doit pas impérativement être renouvelé; le renouvellement est toutefois soumis à l'évaluation des membres du personnel directeur, enseignant et sociopédagogique ainsi que du centre de pédagogie de soutien chargés d'exécuter la protection des notes. Un avis est valable six ans au maximum. »

Art. 15 – Dans la même section, il est inséré un article 36.11 rédigé comme suit :

« Art. 36.11 – En ce qui concerne le passage à l'année supérieure d'apprenants dont le niveau de restitution des acquis dans un ou plusieurs sous-domaines du programme d'apprentissage relatif aux connaissances générales ne répond pas aux exigences de l'année de formation en raison de leurs besoins spécifiques constatés et de la protection des notes accordée en conséquence, le conseil de classe – conformément à l'article 27, § 1er, de l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2018 relatif aux examens et à l'évaluation de la formation de base dans les classes moyennes – statue en prenant ses responsabilités pédagogiques et dans l'intérêt de l'élève. »

Art. 16 – Dans la même section, il est inséré un article 36.12 rédigé comme suit :

« Art. 36.12 – Si une protection des notes a déjà été octroyée dans une école secondaire, une nouvelle demande en ce sens doit être introduite lors du passage de ladite école au ZAWM. »

Art. 17 – Dans la même section, il est inséré un article 36.13 rédigé comme suit :

« Art. 36.13 – En se basant sur une décision consensuelle prise par les personnes chargées de l'éducation ou l'apprenant majeur et le directeur du ZAWM en concertation avec les membres concernés du personnel directeur, enseignant et sociopédagogique, la protection des notes approuvée par la décision mentionnée à l'article 36.8 peut être levée prématurément. Dans ce cas, il convient d'en informer par écrit l'inspection scolaire. »

Art. 18 – Dans le chapitre 4.1 du même arrêté, il est inséré une section 3, comportant l'article 36.14, intitulée comme suit :

« Section 3 – Recours ».

Art. 19 – Dans le chapitre 4.1, section 3, du même arrêté, il est inséré un article 36.14 rédigé comme suit :

« Art. 36.14 – Si les personnes chargées de l'éducation ou l'apprenant majeur ne sont pas d'accord avec l'une des décisions mentionnées aux articles 36.3, 36.5, alinéa 3, 36.8 ou 36.10, § 3, et concernant la compensation des désavantages ou la protection des notes, ils peuvent, par recommandé ou contre remise d'un accusé de réception, introduire un recours auprès du président de la commission de soutien dans un délai de huit jours calendrier suivant la réception de ladite décision. La date du cachet de la poste, de l'horodatage électronique ou de l'accusé de réception fait foi.

Dans un délai de vingt jours ouvrables suivant l'envoi par recommandé mentionné à l'alinéa 1er, la commission de soutien transmet aux personnes chargées de l'éducation ou à l'apprenant majeur et au directeur du ZAWM, par recommandé, sa décision motivée ainsi que sa recommandation quant aux mesures de compensation des désavantages ou de protection des notes à mettre en œuvre l'année de formation suivante.

Si les personnes chargées de l'éducation ne sont pas d'accord avec la décision prise par la commission de soutien, elles en informent son président par écrit dans les quatorze jours ouvrables suivant l'envoi du recommandé contenant la décision. Le président renvoie alors l'affaire devant le juge de la jeunesse compétent.

La procédure mentionnée à l'article 93.28 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées s'applique. »

Art. 20 – Dans le chapitre 4.1, section 3, du même arrêté, il est inséré un article 36.15 rédigé comme suit :

« Art. 36.15 – La collecte et le traitement des données à caractère personnel s'opèrent dans le respect du règlement général sur la protection des données.

Le directeur du ZAWM, l'inspection scolaire, la commission de soutien et les organismes experts mentionnés aux articles 36.2 et 36.7 traitent les données à caractère personnel exclusivement aux fins de l'exécution de leurs missions prévues dans le présent chapitre.

Sont responsables du traitement des données à caractère personnel au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données le ZAWM dans le cadre de l'exécution des

articles 36.2, 36.3 et 36.7, le Gouvernement dans le cadre de l'exécution des articles 36.8 et 36.14 et l'organisme expert dans le cadre de l'exécution des articles 36.2 et 36.7. »

Art. 21 – Dans le chapitre 4.1, section 3, du même arrêté, il est inséré un article 36.16 rédigé comme suit :

« Art. 36.16 – Sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétales ou règlementaires qui prévoient, le cas échéant, un délai de conservation plus long, les données sont traitées et conservées pendant dix ans à compter de la réception de la demande de l'apprenant ou de la personne chargée de son éducation par le directeur du ZAWM. »

Chapitre 2 – Modification de l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2018 relatif aux examens et à l'évaluation de la formation de base dans les classes moyennes

Art. 22 – Dans l'article 9 de l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2018 relatif aux examens et à l'évaluation de la formation de base dans les classes moyennes, le § 1er est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1er, les sous-domaines pour lesquels une protection des notes a été accordée conformément au chapitre 4.1, section 2, de l'arrêté du Gouvernement relatif à la formation de base ne sont pas pris en compte dans l'évaluation. Cette dérogation est mentionnée sur le bulletin du candidat. Les notes attribuées avant l'approbation de la protection des notes ne peuvent être modifiées. »

Art. 23 – Dans l'article 26 du même arrêté, le § 1er est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1er, les sous-domaines pour lesquels une protection des notes a été accordée conformément au chapitre 4.1, section 2, de l'arrêté du Gouvernement relatif à la formation de base ne sont pas pris en compte dans l'évaluation. Cette dérogation est mentionnée sur le bulletin du candidat. Les notes attribuées avant l'approbation de la protection des notes ne peuvent être modifiées. »

Chapitre 3 – Dispositions finales

Art. 24 – Le présent arrêté entre en vigueur le 1er juillet 2024.

Art. 25 – Le Ministre compétent en matière de Formation est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le ...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

La Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique
L. KLINKENBERG